

# Anträge Landesparteitag DIE LINKE

Landesverband Baden-Württemberg

16./17. Oktober 2021

Filderhalle Leinfelden

## Antragsheft

### Inhalt

<b>P1 Aufbau und Stärkung der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg Entwicklungsplan des Landesvorstandes 2021-2023 .....</b>	<b>1</b>
<b>P2 Begrenzung des persönlichen Einkommens von Abgeordneten .....</b>	<b>3</b>
<b>P3 Linke Opposition und innerparteiliche Demokratie stärken statt Alleingänge von Spitzenfunktionär*innen für Regierungsbeteiligung.....</b>	<b>4</b>
<b>G1 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung.....</b>	<b>6</b>

### P1 Aufbau und Stärkung der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg Entwicklungsplan des Landesvorstandes 2021-2023

Antragssteller: Landesvorstand

Die Bundestagswahl war ein herber Schlag für DIE LINKE, auch in Baden-Württemberg. Wir haben die Hälfte unserer Bundestagsmandate verloren, was neben unserer Repräsentanz in Berlin auch die Strukturen der Abgeordneten hier im Land stark reduziert. Wir werden nun in einen intensiven Aufarbeitungsprozess gemeinsam mit den Kreisverbänden, unseren Arbeitsgemeinschaften und Gremien treten. Unser Ziel ist eine dauerhafte Stabilisierung unserer Strukturen auch in kleinen und mittleren Kommunen. Das Bundestagswahlergebnis von September 2021 darf sich nicht wiederholen. Doch der Schock sitzt nicht nur bei uns tief. Am Wahlabend und in den folgenden Tagen erlebten wir eine Eintrittswelle – auch in Baden-Württemberg. Eine ganze Reihe von Sympathisierenden war sichtlich erschrocken über den nur äußerst knappen Einzug der LINKE in den Bundestag und hat sich für eine Mitgliedschaft entschieden. Darauf wollen wir aufbauen. Gemeinsam mit unseren neuen und alten Mitgliedern werden wir aufarbeiten, uns verbessern und wieder stärker werden.

Auf uns kommen zwei wahlfreie Jahre zu bis zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024. Wir wollen diese Zeit nutzen, um unsere bisherigen Strukturen im Land zu stabilisieren und uns

43 weiter im Land zu verankern. Unser Ziel ist es, bei der kommenden Kommunalwahl deutlich  
44 öfter anzutreten. Unser Fokus liegt daher auf der weiteren Verankerung in den klein- und  
45 Mittelstädten.

46  
47 Dabei werden wir uns auf folgende Aspekte besonders konzentrieren:

48  
49 - Wohnkampagne: Beim Landesparteitag werden wir eine Kampagne für bezahlbares Wohnen  
50 vorstellen, die uns die nächsten zwei bis drei Jahre begleiten soll. Ziel der Kampagne ist nicht  
51 nur die Stärkung unserer Bündnisarbeit und unseres landespolitischen Profils, sondern  
52 insbesondere auch ein Mitmach-Angebot für alle Mitglieder - ob jung oder alt, ob Land oder  
53 Stadt - zu entwerfen. Begleitet wird die Kampagne von einer Qualifizierungsoffensive in  
54 Kooperation mit den KompoFo, um bereits frühzeitig vor der Kommunalwahl  
55 kommunalpolitische Kompetenzen aufzubauen und so die Anzahl unserer Antritte deutlich zu  
56 erhöhen. In der letzten Phase der Kampagne treten wir dann in die Unterschriftensammlung  
57 zum Volksantrag „mehr sozialen und kommunalen Wohnungsbau“ ein.

58  
59 - Politische Bildung: wir werden unseren neuen Mitgliedern Angebote der politischen Bildung  
60 und Vernetzung im Landesverband machen. Mitte November wird als Start eine U35 Konferenz  
61 stattfinden. Die politische Bildungsarbeit wollen wir dafür auf stärkere Beine stellen im  
62 nächsten Landesvorstand und die dafür zuständigen Strukturen zusammenbringen. Unsere  
63 bisherige Bildungsarbeit wollen wir ausweiten, stärker regionalisieren und systematisieren.  
64 Denkbar wären regionale Frühjahrsschulen in allen Regierungsbezirken, die politische Inhalte  
65 vertiefen und Handwerkszeug vermitteln für die tägliche Praxis. Damit wollen wir Wissen und  
66 Fertigkeiten in der Partei verallgemeinern.

67  
68 - Ländlicher Raum: Anknüpfend an die intensive Arbeit der Arbeitsgruppe „Aufbau in der  
69 Fläche“ wollen wir die vor uns liegenden Jahre dazu nutzen, die erarbeiteten Maßnahmen nun  
70 umzusetzen. Dafür arbeiten wir mit den Kreisverbänden, den Arbeitsstrukturen und Gremien  
71 eng zusammen und siedeln das Thema „Aufbau in der Fläche“ explizit im nächsten  
72 Landesvorstand an. Wir wollen ausgehend von den Ober- und Mittelzentren unsere  
73 Parteistrukturen stetig in die Kleinstädte und in den ländlichen Raum erweitern.

74  
75 - Linke Kommunalpolitik: Die Zusammenarbeit mit unseren kommunalen Mandatsträger:innen  
76 wollen wir ausbauen, u.a. durch eine kommunalpolitische Konferenz. Wir wollen unsere  
77 kommunalpolitische Arbeit im Sinne einer „Halbzeitbilanz“ in- und außerhalb der kommunalen  
78 Gremien evaluieren und schauen was gut lief und wo wir uns noch verbessern können. Dabei  
79 wollen wir auch über die Erfolge linker Kommunalpolitik sprechen wie beispielsweise die  
80 Einführung von Sozialtickets in mehreren Gemeinden. Ziel ist eine bessere Grundlage, vertiefte  
81 Expertise und breites Interesse für linke Kommunalpolitik.

82  
83 - Gemeinsam in der Partei: Wir wollen, dass alle sich gleichermaßen im Landesverband und in  
84 den Kreisverbänden engagieren können. Dafür wollen wir die Wege, die wir bereits mit der  
85 Mitgliederbefragung Ende 2019 und dem sehr offenen Prozess zur gemeinsamen Erarbeitung  
86 des Landtagswahlprogramms 2020 gegangen sind weiter beschreiten. So weit möglich und vom  
87 Arbeitsprozess sinnvoll wollen wir online-Mitmachangebote anbieten. Gleichzeitig wollen wir  
88 die Mitarbeit im Landesverband durch den Abbau von Hemmnissen allen Mitgliedern  
89 ermöglichen und damit verbreitern. Das soll insbesondere auch den Frauen\* in unserem

90 Landesverband gleichberechtigte Zugänge ermöglichen. Familie, Beruf und politisches  
91 Engagement müssen vereinbar sein – hier wollen wir noch besser werden.

92  
93 - Bündnisarbeit im Land: Wir wollen in den kommenden zwei Jahren stärken, was in den Städten  
94 bereits erfolgreich praktiziert wird - nämlich linke Bündnisarbeit. Die Vernetzung mit den uns  
95 nahestehenden landesweiten Organisationen und Initiativen wollen wir stärken. Die personelle  
96 Zusammensetzung des nächsten Landesvorstandes soll dies noch deutlicher widerspiegeln und  
97 mit klaren Zuständigkeiten für Themenbereiche und Bündnisse arbeiten. Im Zuge dieser  
98 Bündnisarbeit spielen lokale oder regionale Konflikte eine entscheidende Rolle. Denn  
99 Bündnisarbeit funktioniert immer dann besonders gut, wenn sie einen konkreten Zweck verfolgt  
100 und es ein gemeinsames Projekt oder einen gemeinsamen politischen Gegner gibt. Deshalb  
101 spielen auch Bürgerentscheide und Volksentscheide für das Vorantreiben der Bündnisarbeit  
102 eine wichtige Rolle. Dafür suchen wir den Austausch mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden,  
103 der Klimabewegung, den Frauenverbänden, Mieterbund, den Werkstatträten,  
104 Migrationsverbänden und antifaschistischen Gruppen, Initiativen und Bewegungen – um nur  
105 einige zu nennen.

106  
107 Darüber hinaus wollen wir uns auch thematisch tiefer aufstellen, beispielsweise in den  
108 Themenbereiche Bildung, Kitas und Kinderbetreuung, aber auch Tariftreue und Arbeitspolitik.  
109 Entscheidend sind dabei auch Zukunftsthemen wie der Umbau der Automobilindustrie zur  
110 Mobilitätsindustrie, die Klimakrise oder Digitalisierung. DIE LINKE muss bei den anstehenden  
111 Transformationen eine deutlich wahrnehmbare Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und  
112 Klimagerechtigkeit sein.

113  
114 Um sich derart breiter aufzustellen gilt es die kontinuierliche Arbeit der  
115 Landesarbeitsgemeinschaften zu festigen oder - wo noch nicht vorhanden - neu aufzubauen.  
116 Unser Ziel ist es stärker im Land zu werden. Wir wollen im Zuge der Wohn-Kampagne und  
117 unserer intensiveren Bündnisarbeit gezielt Mitglieder gewinnen. Eine offene und  
118 aktionsorientierte Partei, die verschiedene Formen der Mitarbeit kombiniert, ist attraktiv und  
119 einladend für neue Menschen. Das wollen wir in den kommenden Jahren deutlich nach außen  
120 tragen

121  
122

## 123 P2 Begrenzung des persönlichen Einkommens von Abgeordneten

124 Der Landesparteitag möge beschließen:

125 Antragstellerin: AKL

126

- 127 1. Der Landesvorstand entwickelt ein Konzept zur Begrenzung von und zum Umgang mit  
128 den Abgeordnetenvergütungen in der LINKEN.
- 129 2. Der Landesvorstand wirkt darauf hin, dass die Partei als Ganze sich mit diesem Thema  
130 befasst.

### 131 **Begründung.**

132 In der KPÖ Graz z.B. stellen die Gemeinderäte seit Langem einen großen Teil der Vergütungen  
133 für soziale Zwecke u.a. zur Verfügung. Dies erhöht ihre Glaubwürdigkeit und hat sicher auch  
134 zum jüngsten Wahlerfolg der KPÖ in Graz beigetragen.

135 Abgeordnete der LINKEN tun dies ebenfalls. Es sollte aber eine einheitliche Regelung getroffen  
136 werden, damit dies nicht von der persönlichen Einstellung abhängt.  
137 Weitere Begründung ggf. mündlich

138  
139

140 **P3 Linke Opposition und innerparteiliche Demokratie stärken statt Alleingänge von**  
141 **Spitzenfunktionär\*innen für Regierungsbeteiligung**  
142 Antragstellerin: AKL

143 1. Mit prokapitalistischen Parteien kann DIE LINKE ihr Programm nicht durchsetzen.  
144 Regierungsbeteiligung führt zu Wahlverlusten, wie sich am Beispiel von Berlin erneut zeigt oder  
145 wie in Thüringen zum Erstarken der AFD.

146 2. DIE LINKE führt eine Debatte über Regierungsbeteiligungen unter Einbeziehung der  
147 historischen Erfahrung der Arbeiter\*innenbewegung und in Fortsetzung der Strategiekonferenz  
148 vom Frühjahr 2020 und der aktuellen Debatte um die „Neuaufstellung“ der Partei.

149 3. Grundsätzlich müssen strategische, programmatische und taktische Positionierungen in den  
150 Gremien der Partei diskutiert werden und dürfen nicht top down von den Fraktions- und  
151 Parteivorsitzenden beschlossen und der Medienöffentlichkeit verkündet werden.

152 4. DIE LINKE setzt ihren Schwerpunkt auf außerparlamentarische Bewegungen (betriebliche und  
153 Tarifikämpfe, Mietenbewegungen, antifaschistische und antirassistische Aktionen und andere  
154 soziale Kämpfe), initiiert solche Bewegungen, bringt sich hier ein und politisiert sie.

155 5. Die Linke verbindet ihre Forderungen und Kampagnen mit dem erklärten Ziel, den  
156 Kapitalismus zu überwinden und ihn durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

157 **Begründung:**

158 „DIE LINKE sollte bei den künftigen Bundestagswahlen offensiv das Ziel eines Politik- und  
159 Regierungswechsels vertreten“

160 Papier „Für eine solidarische Zukunft nach Corona“ von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg  
161 Schindler, Harald Wolf. Mai 2020

162 „Offensichtlich haben die Leute eine Änderung gewollt. Und viele haben SPD gewählt oder  
163 Grüne, weil sie mit denen die Änderung verbunden haben und nicht unbedingt mit den Linken“.

164 Bernd Riexinger nach der Bundestagswahl

165 Der Landesparteitag der LINKEN Baden Württemberg betrachtet die Stimmenverluste der Partei  
166 DIE LINKE bei der Bundestagswahl sowie bei den Wahlen zum Landtag in Mecklenburg-  
167 Vorpommern und dem Abgeordnetenhaus in Berlin **auch** als Ergebnis einer anhaltenden und in  
168 der Endphase des Wahlkampfs noch verschärften Ausrichtung der Partei auf eine  
169 Regierungsbeteiligung und der fehlenden Betonung des antikapitalistischen und sozialistischen  
170 Anspruchs sowie der Vernachlässigung des außerparlamentarischen Kampfes und der  
171 Verankerung in den Betrieben und Stadtteilen.

172 Bereits im Mai 2020 wurde diese falsche Orientierung durch das von Katja Kipping, Bernd  
173 Riexinger, Jörg Schindler und Harald Wolf ohne Diskussion in den Parteigremien vorgelegte  
174 Papier zur strategischen Positionierung mit dem Ziel einer Regierungsbeteiligung vorbereitet.

175 Mit der Absage von SPD und Grünen an eine gemeinsame Regierung mit der LINKEN bzw. deren  
176 klaren Favorisierung einer Ampel Wochen vor der Wahl ging für die Partei und die  
177 Wähler\*innen die Option einer Regierungsbeteiligung durch DIE LINKE verloren. Anstatt  
178 nachzuweisen, dass Grüne und SPD keineswegs für einen „Politikwechsel“ stehen – weder in  
179 der sozialen noch in der Klimafrage –, wurden sie von der Führung der Partei als potenzielle  
180 Koalitionspartner mit angeblichen programmatischen Schnittmengen hofiert und dadurch in  
181 den Augen der Wähler als wählbar aufgewertet. Der Logik der Wahlstrategie der LINKEN folgend  
182 sind dann hunderttausende Wähler\*innen von der LINKEN zur SPD (820.000) und den Grünen  
183 (610.000) gegangen, weil sie hofften, dass damit am ehesten soziale oder ökologische  
184 Regierungspolitik erfolgt oder sie haben taktisch und als „kleineres Übel“ diese Parteien  
185 gewählt, um Laschet zu verhindern oder – wie DIE LINKE immer sagte – eine Regierung links von  
186 der CDU zu bekommen. Dass DIE LINKE als starke Opposition im Bundestag gebraucht wird,  
187 haben die Wähler\*innen selbst dann nicht von der LINKEN gehört, als SPD und Grüne offen auf  
188 Ampel geschaltet hatten. Diejenigen, die keinen Unterschied mehr zwischen der LINKEN und  
189 den anderen Parteien sahen, sind zu Nichtwähler\*innen (520.000) geworden und 160.000  
190 Wähler\*innen sind von der LINKEN sogar zur AFD gegangen.

191 Zu 1. Dass DIE LINKE bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin unterdurchschnittlich verloren  
192 hat, ist kein Gegenbeweis. In der Stadt gab es durch den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und  
193 Co enteignen“, den DIE LINKE als einzige Partei unterstützt hat, eine beispiellose Politisierung.  
194 Dass DIE LINKE trotzdem Stimmen verloren hat, ist ein Alarmsignal. Umgekehrt sind z.B. die  
195 Zugewinne der Direktkandidatinnen Jorinde Schulz (30,1%, + 10,9%) und Lucy Redler (26,6%,  
196 +7,4%) in Nord-Neukölln ein Beleg, was mit einer anderen Orientierung in diesem Umfeld  
197 möglich gewesen wäre. In Thüringen führte diese Politik gar zum Erstarren der AFD. Dort ist die  
198 AFD bei der Bundestagswahl die stärkste Partei geworden.

199 Zu 3. Mit dem von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden am 6. September 2021 vorgelegten  
200 „Sofortprogramm für einen Politikwechsel“ wurde für eine Regierungsbeteiligung ohne  
201 Diskussion in den Parteigremien das eigene Wahlprogramm einkassiert und damit ein  
202 wahltaktisches Eigentor geschossen.

203 Zu 4. Z.B. hätte der Streik in den Berliner Krankenhäusern im Wahlkampf – viel stärker als  
204 geschehen – bundesweit zum Thema gemacht, praktische Solidarität organisiert und mit der  
205 Pflegekampagne der Partei verbunden werden müssen. Diese Aufgabe stellt sich nun auch nach  
206 der Wahl. (Auch der kämpferische Streik der GDL wurde von der Partei nur halbherzig und zu  
207 spät unterstützt.)

208 Diese Schwerpunktsetzung muss integraler Bestandteil des in der Ausarbeitung befindlichen  
209 Aufgabenpapiers des Landesvorstands werden.

210 Zu 5. DIE LINKE geht davon aus, dass der Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist und die  
211 Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Kapitalistenklasse einander unversöhnlich  
212 gegenüberstehen und die vielfachen globalen Krisen des Kapitalismus im Rahmen des Systems  
213 nicht gelöst werden können. Die eindeutige Mehrheit in Berlin für die Enteignung der

214 Immobilienkonzerne muss von der Linken genutzt werden, diese Kampagne in Berlin massiv  
215 außerparlamentarisch zu unterstützen, und auch bundesweit die Enteignung aller  
216 Immobilienkonzerne zu fordern. Die Enteignungskampagne in Berlin muss darüber hinaus von  
217 der Linken genutzt werden, um die Notwendigkeit der Überführung der Banken und Konzerne in  
218 Gemeineigentum durch Enteignung zu fordern und dafür zu kämpfen. Entschädigung darf es nur  
219 für Klein- und Belegschaftsaktionäre geben.

220 Als Material: ANTRAG von LAG Antikapitalistische Linke (AKL) vom LANDESPARTEITAG  
221 5./6.12.2020 „Gegen Regierungsbeteiligung“.

222

223 **G1 Sozial gerechte und ökologische Regionalplanung mit dezentraler Wirtschaft und**  
224 **Bildung, rechtlicher und finanzieller Lenkung**

225

226 Antragstellerin: Ökologische Plattform

227 *»Jede und jeder sorgt für sich, soweit sie oder er dazu imstande ist. Nur wenn das jemand nicht*  
228 *kann, dann helfen die anderen. Oder auch nicht. Man arbeitet bloß dann zusammen, wenn man*  
229 *etwas nur gemeinsam schafft. Oder selbst dann nicht. Wenn ich allein nicht weiterkomme,*  
230 *helfen die Familie oder Freunde. Wenn die etwas nicht lösen können, übernimmt die Gemeinde,*  
231 *wenn Gemeinden etwas allein nicht können, koordiniert das Land, wenn Länder etwas nicht*  
232 *schaffen, macht es der Staat. In Europa gibt es darüber hinaus noch die EU und global die UNO.*  
233 *Oder eben nicht. Man nennt das Subsidiaritätsprinzip.“ (Daniel Elsberg)*

234 Kompakte Siedlungsstrukturen mit örtlichen Wirtschaftskreisläufen sind lange schon einer  
235 räumlichen Trennung von Wohnort, Arbeitsleben, Freizeitvergnügen und sozialen Kontakten  
236 gewichen. In Baden-Württemberg mit seiner starken Automobilindustrie, kommt dem PKW zur  
237 Beförderung heute eine dominierende Bedeutung zu, der öffentliche Personen-nahverkehr ist  
238 nur in städtischen Ballungsräumen ausreichend entwickelt. Doch immer stärker werden die  
239 Schattenseiten dieser Automobilität sichtbar. Immense Pendlerströme überlasten die Straßen,  
240 Auto- und LKW-Verkehr bringt gesundheitsschädigenden Lärm und Luftschadstoffe in die  
241 Gemeinden, der Ressourcenverbrauch ist gewaltig genauso wie der Ausstoß klimaschädlicher  
242 Emissionen.

243 Immer mehr wertvoller Freiraum fällt dem Straßenausbau und neuen Logistikgewerbeflächen  
244 zum Opfer. Öffentlicher Raum in den Städten wird durch die hohe Kfz-Dichte unattraktiv und  
245 verödet. Der fortschreitende Ausbau der Hochleistungsverkehrsinfrastruktur löst die skizzierten  
246 Probleme nicht, überfordert jedoch schon heute im Unterhalt die Straßenbaulastträger.  
247 Mobilität wird zudem stetig teurer, denn die Ära des billigen Öls neigt sich dem Ende zu. Mobil  
248 zu sein ist durch diese historisch gewachsenen räumlich getrennten Strukturen Voraussetzung  
249 für die gesellschaftliche Teilhabe, doch immer mehr Menschen können diesen Preis nicht mehr  
250 bezahlen. Die hohe Geschwindigkeit des Verkehrs führt zur Zersiedelung und erzeugt so eigene  
251 Raumstrukturen. Es überwiegen die Kapitalinteressen von Großkonzernen, die nur an Rendite  
252 denken und nicht an die Interessen der Menschen. 60% der Gütertransporte können durch  
253 regionales Wirtschaften vermieden werden. Der Preis des Gütertransports muss abhängig von  
254 der Transportdistanz gemacht werden, um diese verfehlten Entwicklungen einzudämmen.

255 Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine andere  
256 Perspektive zugrunde: die solidarische regionale Strukturpolitik. Die Teilhabe der Bürgerinnen  
257 und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir  
258 Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze,  
259 Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz,  
260 auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen.  
261 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe  
262 und Vergünstigungen können das Ausbluten der strukturärmeren Regionen stoppen.  
263 Universitäten und Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Behörden  
264 können in die Regionen verlagert werden. Es ist ein Anreizsystem für Unternehmensgründungen  
265 zu schaffen (Kap 5).  
266 Es geht darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"  
267 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die  
268 Menschen zur Arbeit.

269

## 270 **1 Boden ist Gemeingut und keine Ware**

271 Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und  
272 ignorieren die Grenzen des Bauens. Solange die Zuwanderung in die Boomzentren nicht  
273 deutlich abnimmt, wird sich an der Wohnungsnot in diesen Metropolregionen wenig ändern.  
274 Statt kontraproduktive "Bauoffensiven" sind vielmehr effektive Wachstumsbremsen für  
275 überhitzte Metropolregionen und eine aktive Regionalpolitik notwendig. Deutschland bewegt  
276 sich derzeit in eine wohnungspolitische und regionalpolitische "lose-lose-Situation". Die  
277 Boomregionen werden immer teurer, die Mieten explodieren, die Infrastrukturen werden  
278 immer unzureichender und die Lebensqualität für die Mehrheit sinkt. In den Krisenregionen  
279 dagegen verfallen ebenfalls die Infrastrukturen und auch hier nimmt die Lebensqualität bedingt  
280 durch Abwanderung und Arbeitslosigkeit ab.  
281 In Krisenregionen stehen ca. 2 Mio. Wohnungen leer, aber in den Boomzentren fehlen ca. 1 Mio.  
282 Wohnungen. Dort ist Boden knapp und die relative Knappheit des Bodens begrenzt das  
283 Wohnungsangebot.  
284 Boden ist eine endliche Ressource und in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht  
285 vermehrbar. Sie zu schützen bedeutet die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende  
286 Generationen zu erhalten, planetare Grenzen anzuerkennen, und so einen ökologischen  
287 Gesellschaftsvertrag zu erfüllen.  
288 Die Entstehung von 10 cm fruchtbaren Bodens setzt 1.000 Jahre an Erosion, Witterung  
289 und biologischen Zersetzungsprozessen voraus. Einmal versiegelte Böden sind für immer  
290 verloren, denn sie verlieren ihre Funktionen für den Wasserhaushalt und das Klima,  
291 stehen nicht länger als Lebensraum für Pflanzen und Tiere zur Verfügung und sind nicht  
292 länger nutzbar für eine Landbewirtschaftung.  
293 Dieses bedeutet, dass auf dem knappen, nicht vermehrbaren Boden nur die jeweils für  
294 Bodenbesitzer und Bauträger lukrativste Nutzung realisiert wird und weniger lukrative Projekte  
295 unterbleiben. Diese profitorientierten Projekte sind beispielsweise Gewerbeimmobilien,  
296 Bürogebäude oder Hotels. Da außerdem seit einiger Zeit die Wohnungspreise stärker steigen als  
297 die Mieten, werden bevorzugt Eigentumswohnungen gebaut und keineswegs die benötigten  
298 günstigen Mietwohnungen.

299

300 Zusammengefasst: Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug ausreichend  
301 schnell erschließbare Flächen. Die Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage nach  
302 Wohnungen in Übereinstimmung bringen sollen, gibt es nicht. Der Markt kann nicht für mehr  
303 Flächen und für ein bezahlbares Wohnungsangebot sorgen, die politischen  
304 Eingriffsmöglichkeiten sind begrenzt und die Menschen können nicht beschließen, ab sofort  
305 nicht mehr zu wohnen.

306 Doch der Wanderungsdruck wird aufrechterhalten. Wanderungen in die Wachstumszentren  
307 werden weniger durch persönliche Vorlieben oder hippe kulturellen Neigungen ausgelöst,  
308 sondern sind weitestgehend durch die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung sowie in  
309 zweiter Linie durch die Hochschulentwicklung zu erklären.

310 Die Menschen ziehen von Städten und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hier vor allem  
311 auch Jugendarbeitslosigkeit in Regionen mit mehr und mit besseren Jobs. Und dabei handelt es  
312 sich vor allem um eine innereuropäische Wanderung. Seit der europäischen Krise ab 2008 sind  
313 viele Menschen aus Italien, Griechenland oder auch aus Portugal in die deutschen  
314 Wachstumszentren gezogen. Dies zeigt das Totalversagen von Standortpolitik.

315 Die Wirtschaft und vor allem die großen Unternehmen agieren und investieren weiterhin völlig  
316 ungerührt von regionalen Erfordernissen oder gar von der Wohnungsnot. Aufgrund der  
317 Produktivitätscluster wandern Investitionen und damit Arbeitsplätze in einige wenige  
318 Ballungsräume, weil das betriebswirtschaftlich für Konzerne und Unternehmen profitabel ist.  
319 Mit diesen Standortentscheidungen wird der Boom weiter angeheizt und die Mietpreise in die  
320 Höhe getrieben, was die ärmere Wohnbevölkerung vertreibt und damit die Gentrifizierung  
321 insgesamt verschärft.

322 Warum nicht dort investieren, wo die Menschen nach wie vor dringend Arbeit brauchen?  
323 Warum nicht dort für ausgezeichnete technische Unis für den wissenschaftlichen Nachwuchs  
324 sorgen?

325

## 326 **2 Verkehrswachstum**

327 Auch die ökologische Wirkung dieser Regionalentwicklung ist negativ. Gelegentlich hört man die  
328 Ansicht, die Metropolisierung sei ökologisch positiv zu bewerten. In den großen Städten ließen  
329 sich der Verkehr und die Energiesysteme effizienter steuern als in einem stärker  
330 dezentralisierten Raum. Auch die EU-Kommission geht davon aus. Zitat: "Cities are more  
331 efficient in terms of energy and land-use and offer the possibility of a low-carbon lifestyle."  
332 (Städte sind bezüglich Energie und Landnutzung effektiver und bieten die Möglichkeit eines

333 Niedrig-Karbon-Lebensstils). Auf den ersten Blick sprechen aber bereits die Alltagserfahrungen  
334 in den Zentren gegen diese These. Wenn Metropolen ständig wachsen, das Umland aufsaugen  
335 und gleichzeitig Wohnraum knapp und teuer wird, hat das auch Konsequenzen für den Verkehr:

336 Die Zahl der Pendler steigt und mit ihnen die Verkehrs- und Umweltbelastung in und um die  
337 Zentren. Eine neue Studie des Bundesinstituts für Raumforschung spricht davon, dass  
338 inzwischen 60 %- der Berufstätigen in Deutschland Pendler sind. Sie zeigt auch, dass die täglich

339 zurückgelegten Strecken zugenommen haben und Anfahrten von oft mehr als 100 km keine  
340 Ausnahmen sind.

341  
342 In Deutschlands Großstädten stockt der Verkehr. In Stuttgart z.B. steht jeder Autofahrer pro Jahr  
343 46 Stunden im Stau. Mit Milliardenaufwand sollen neue Autobahnen wie z.B. der Nordoststring  
344 um Stuttgart gebaut werden, was nur den Verkehr und damit den CO2-Ausstoß erhöht. Eine  
345 polyzentrische Siedlungsstruktur könnte dagegen die ökologischen Belastungen minimieren.

346 Der individuelle Pendlerverkehr ist heute ein entscheidendes Problem. Der Autoverkehr nimmt  
347 immer stärker zu. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stagniert. So bleibt der Anteil des  
348 ÖPNV am gesamten "Mobilitätsmarkt" laut Studie Mobilität in Deutschland 2017 bei  
349 unverändert 10%. Die Ressourcen werden immer noch zu stark in den Straßenbau und dem  
350 Motorisierten-Individual-Verkehr (MIV) Verkehr investiert.

351 Stattdessen beherrscht eine unsinnige Schwerpunktsetzung auf Elektroautos die  
352 Verkehrspolitik als könne man den Individualverkehr aufrechterhalten.

353 Aber es geht nicht nur um das Thema Verkehr: Die Zentralisierung von Arbeitsplätzen, wie z.B.  
354 die Automobilcluster und Konsum führt darüber hinaus zu einer entsprechenden Konzentration  
355 von Emissionen und Müll, von Wasser- und Energieverbrauch. Effizienter ist es, das Verhältnis  
356 von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen auszubalancieren und Anreize für eine Stadt der  
357 kurzen Wege, Wohnen und Arbeiten zu schaffen.

358

### 359 **3 Umwelt und Metropolisierung**

360 Das Fazit bezüglich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der ungleichen  
361 Regionalentwicklung lautet: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut, vor allem in den  
362 Verliererregionen, ist Bestandteil und Folge der regionalen Divergenz in der Eurozone und steht  
363 in einem engen Zusammenhang mit ihr. Zusätzlich zur individuellen Armut entwickelt sich in  
364 diesen Regionen eine wachsende öffentliche Armut, die viele Aufgaben der staatlichen  
365 Daseinsvorsorge unfinanzierbar macht und die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit verstärkt.

366 Aber auch in den wachsenden Metropolen selbst nimmt die soziale Spaltung zu, steigende  
367 Mieten und Wohnungsmangel, bedingt durch die Binnenwanderung und den permanenten  
368 Nachfrageüberhang (Gentrifizierung), erzeugen finanziellen Druck und sinkende Lebensqualität.  
369 Die ökologischen Konsequenzen der Metropolisierung sind eher negativ zu bewerten.

370 Im Wesentlichen gibt es für die unzureichende Bilanz der herkömmlichen Regionalpolitik drei  
371 Ursachen:

372 - insgesamt und vor allem die Marktkonformität der Regionalpolitik und die verfehlte  
373 Konzeption einer wettbewerbsorientierten Kommunal- und Regionalpolitik.

374 - die staatliche Sparpolitik,

375 - den damit zusammenhängenden Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge

376 Die Sparpolitik zeigt sich anhand einiger weniger Zahlen: So beantragten die Regierungsparteien  
377 2016 bei ihrer eigenen Regierung für die kommenden Jahre eine Festschreibung der Mittel für  
378 die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) von  
379 lediglich 624 Millionen Euro pro Jahr. Das sind umgerechnet 0,2 % des Bundeshaushalts. Die  
380 Länder sind angehalten, aber nicht verpflichtet, noch einmal dieselbe Summe draufzulegen. Die  
381 "Gemeinschaftsaufgabe", ein zentrales Element der Regionalförderung, ist damit völlig  
382 unterfinanziert.

383 Die Politik der schwarzen Null, also der Zwang zu ausgeglichenen Haushalten, trifft die (meisten)  
384 Länder und Kommunen in voller Härte. So beklagen die Sprecher der Deutschen Kommunen  
385 regelmäßig deren Unterfinanzierung.

386

#### 387 **4 Marktkonforme Kommunalpolitik**

388 Hinter diesem „Totsparen“ steht die Ideologie der Marktdominanz und Marktsteuerung. Der  
389 Gedanke des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz ist auch in der Kommunalpolitik eine  
390 zentrale Richtlinie. Gefördert wird nicht etwa mit dem Ziel, Schulen zu erhalten oder eine  
391 flächendeckende Ausstattung mit Kliniken zu gewährleisten: Gefördert wird, um "Hilfe im  
392 Wettbewerb" zu leisten. Und das hat mit Daseinsvorsorge für die Menschen gar nichts zu tun.  
393 So formulieren die Regierungsparteien in ihrer Entschließung zur "Gemeinschaftsaufgabe  
394 regionale Wirtschaftsstruktur" (GRW): "Ziel muss es dabei sein, ... die Wettbewerbsfähigkeit  
395 und Eigenverantwortlichkeit der Regionen zu erhöhen, um sozialversicherungspflichtige  
396 Arbeitsplätze zu schaffen."

397 Mit dieser Konzeption und diesem Denken werden Kommunen in den Wettlauf zur Gewinnung  
398 von Unternehmen gezwungen und die gesamte Kommunalpolitik deren Gewinninteressen  
399 untergeordnet. Die wesentliche eigene Finanzierungsquelle der Kommunen ist die  
400 Gewerbesteuer. Damit stehen sie im "Wettbewerb" untereinander und müssen um  
401 Industrieansiedlungen konkurrieren. Wer in dieser Dumpingkonkurrenz die besseren Karten hat,  
402 dürfte klar sein: Die Clustereffekte saugen die Investitionen in die ohnehin reichen Zentren, die  
403 mit ihren Gewerbesteuereinnahmen dann auch noch die besseren Infrastrukturen für  
404 Investoren bieten können. Die finanzschwächeren Kommunen und Regionen haben in diesem  
405 Spiel kaum eine Chance.

406 Dieser Wettbewerb führt zu einer Zersiedelung in den Boomregionen. Nicht nur Bayern und  
407 Baden-Württemberg hinken daher den Zielen zum Flächensparen hinterher. Hemmungslos  
408 werden selbst an kleine Orte Gewerbe- und Industriehallen ohne Rücksicht auf die  
409 Verkehrswege und Verfügbarkeit von Arbeitskräften in die Landschaft gestellt.

410 Mit Entwicklungskonzepten der Planungsbüros werden Leitbilder entworfen, die zumeist den  
411 Wettbewerbsgedanken aufgreifen. So will man nicht nur mehr Arbeitsplätze und Wohnraum für  
412 neue Einwohner schaffen, sondern auch die Kaufkraft abschöpfen. Einkaufsmärkte- und Zentren  
413 entstehen mit überdimensionierten Verkaufsflächen, bilden die neuen Ortseingänge oder  
414 umklammern mit den Logistikzentren die Ortschaften.

415

## 416 **5 Solidarische Regionalpolitik durch Investitionslenkung**

417 Notwendig ist ein anderes Herangehen an die Regionalpolitik. Politische Eingriffe und  
418 Vergünstigungen können das Ausbluten der ärmeren Regionen stoppen. Universitäten und  
419 Fachhochschulen sowie öffentliche Einrichtungen und Ämter können in die Regionen  
420 verschoben oder neu aufgebaut werden. Daneben gibt es Steuererleichterungen für  
421 Unternehmensgründungen in den Regionen.

422 Damit ist aber Regionalpolitik bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir brauchen Elemente  
423 einer neuen Investitionslenkung, die eine solidarische Regionalentwicklung ermöglicht.  
424 Regionalpolitik auf EU-, aber genauso auf nationaler Ebene versucht notwendigerweise auch  
425 heute schon, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Sie tut das in aller Regel durch  
426 Subventionen. Diese Form von Subventionspolitik ist extrem unternehmerfreundlich und teuer.  
427 Wer hat, dem wird gegeben, in der Hoffnung, dass damit noch ein paar positive regionale  
428 Entwicklungseffekte herauspringen.

429

### 430 **5.1 Instrumente zur Investitionslenkung**

431 Notwendig ist etwas anderes vor - man könnte es auch "negative Subventionierung" nennen:  
432 Investitionen in Boomregionen müssen verteuert und begrenzt werden. Eine  
433 Investitionsbeschränkung und Verteuerung muss aber mit zwei Instrumenten arbeiten:

434 a) Rechtlich

435 Übergeordnete Rechtsnormen begrenzen schon heute die kommunale Selbstverwaltung. Hier  
436 wären z.B. Artikel 20a Grundgesetz zu nennen. Wir wollen eine straffere Anwendung  
437 übergeordneter Normen zur Sicherstellung einer nachhaltigen, intergenerationalen  
438 Bauleitplanung Seitens der Fachaufsicht (insb. § 1 Satz 5 und 7 des BauGB). Zudem muss  
439 insbesondere die Baunutzungsverordnung grundsätzlich neu formuliert werden, um  
440 widerstandsfähige, integrierte Siedlungsstrukturen herbeizuführen. Ausgehend von  
441 Forderungen Agenda 21 vom Erdgipfel Rio 1992 regen wir an, vergleichbar mit dem  
442 Raumplanungsgesetz der Schweiz, ein bilanziertes Null-Flächen-Wachstum festzuschreiben.  
443 Insbesondere in Boom-Metropolen muss die Versiegelung un bebauter Böden mit ihren  
444 wichtigen Funktionen unterbunden, punktuell sogar Infrastruktur zurückgebaut werden. Das  
445 Ziel der Raumordnung muss in der Stärkung strukturarmer Räume liegen.

446 b) Finanziell

447 Die Gewerbesteuern für diese Boomzentren müssen erhöht und die steuerlichen  
448 Abschreibungsmöglichkeiten (relativ) verschlechtert werden. Zusätzlich sollten die  
449 Gewerbesteuern nach raumordnerischen Zielen und Entwicklungsnotwendigkeiten gestaffelt  
450 werden. Die Höhe der Gewerbesteuer spielt eine Rolle bei Standort- und  
451 Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Zwar existieren derzeit bereits unterschiedliche  
452 Steuersätze. aber diese Unterschiede sind offensichtlich zu gering, um eine Lenkungswirkung zu  
453 entfalten und sie orientieren sich ohnehin nicht am regionalpolitischen Ausgleich (Kommunale  
454 Selbstverwaltung).

455 Im Prinzip würde also gelten: Die Steuersätze werden systematisch an die Arbeitslosenquote,  
456 eventuell auch an einige weitere Indikatoren gekoppelt. Je höher die Beschäftigung, desto  
457 höher die Gewerbesteuer. Für die reichen Kommunen müssten die Steuersätze im Vergleich  
458 zum derzeitigen Stand damit deutlich heraufgesetzt werden. Die Mehreinnahmen, die  
459 Boomstädte dadurch erzielen würden, müssen sie an die Kommunen und Regionen mit den  
460 niedrigeren Gewerbesteuern abführen. Sie sollen dort dazu dienen, der weiteren Verarmung  
461 dieser Kreise und Gemeinden entgegenzuwirken. Ein solches Steuersystem müsste neben einer  
462 regionalpolitisch differenzierten Gewerbesteuer auch unterschiedliche steuerliche  
463 Abschreibungssätze für Investitionen beinhalten. In den schwächeren Regionen werden durch  
464 entsprechend verbesserte Abschreibungs-möglichkeiten Investitionen rentabler gemacht als in  
465 den Boomzentren. Alternativ könnte ein Umlageverfahren analog dem Länderfinanzausgleich  
466 geschaffen werden. Dieses Verfahren könnte ergänzt werden durch steuerliche Anreize zur  
467 Vermeidung von weiteren Flächenverbrauch.

468 Es ginge darum, ein fühlbares Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der "Cluster"  
469 aufzubauen. Das Ziel ist immer, die Arbeit zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen  
470 zur Arbeit.

471 DIE LINKE will die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln. Ziel ist,  
472 die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d.h. von der  
473 konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten. Hierzu ist die Bemessungsgrundlage zu  
474 verbreitern: Alle unternehmerisch Tätigen sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden,  
475 auch sog. freie Berufe wie Steuerberater oder Architekten, die bislang von der Zahlung der  
476 Gewerbesteuer ausgenommen sind. Kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler sollen steuerlich  
477 entlastet werden können. Andererseits sollen Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren  
478 in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt werden. Diese würde um obige  
479 Vorschläge erweitert werden

480

## 481 **5.2 Regionale Wirtschaftskreisläufe gedeihen lassen**

482 Bleibt die Frage. nach der Art und Ausrichtung der Investitionen: Dieser Aspekt der regionalen  
483 Wirtschaftskreisläufe ist bisher stark unterbewertet. Regionalisierung kann den Aufbau von  
484 Arbeitsplätzen in der jeweiligen Region fördern, sie kann vor allem aber auch ökologisch sinnvoll  
485 sein. Besonders deutlich wird das an der Regionalisierung der Energieerzeugung. Der Übergang  
486 zu regenerativen Energien in der Energiewirtschaft schafft die Möglichkeit und auch die  
487 Notwendigkeit zu einer Dezentralisierung. Denn die Sammlung von Regenerativen ist eine  
488 kleinteilige und über die Fläche verstreute Aktion. Insofern liegt es nahe, dass die kommunale  
489 Energiewirtschaft, die Stadtwerke, die flächendeckend vor Ort arbeitenden Energiefachleute,  
490 den Kern von Energiewirtschaft und Energiepolitik bilden müssen, nicht die Großkonzerne mit  
491 ihren oft weit außerhalb der Ballungsräume liegenden Großkraftwerken.

492 Und um diese Kerne der Energiewirtschaft herum können sich neue, regionale  
493 Produktionsnetze bilden. Ein wesentlicher Vorteil der Regionalisierung von  
494 Produktionskreisläufen kann ist auch der Rückgang des Verkehrs. Wo nicht mehr  
495 grenzüberschreitend nach dem Prinzip des billigsten Standortes produziert und die

496 hergestellten Güter dann zu immensen Umweltkosten quer durch ganz Europa transportiert  
497 werden, fallen die Umweltbelastungen durch die "rollenden Lager" weg.

498 Hier besteht auch ein Ansatz zur Förderung von Regionalisierung: Die Transportkosten müssen  
499 deutlich erhöht werden. Wenn es unrentabel wird, Güter quer durch Europa zu transportieren,  
500 die auch regional produziert und verteilt werden könnten, entsteht ein Raum für die  
501 Ausdehnung lokaler und regionaler Produktionen.

502 Durch zusammenarbeitende Akteure und Verflechtungen im Mikrokosmos mit Kleinstrukturen,  
503 mittelständischen Betrieben sind eine Vielzahl von Existenzen mit existenzsicherndem  
504 Einkommen möglich. Integration von Betrieben in den Orten, Verzahnung mit der  
505 Landwirtschaft im Umland, statt weniger Großunternehmen mit wenigen Arbeitsplätzen,  
506 durchrationalisierter Arbeit, Schichtarbeit und prekären Verhältnissen. In die strukturschwachen  
507 Regionen gehören weniger die Ableger von Unternehmen der Boomregionen, wichtiger sind  
508 dort verortete Geschäftssitze.

509 Entwicklungsschwerpunkte müssen auch dort geprüft werden, wo Strukturen zerfallen sind,  
510 Gewerberuinen, Industriebrachen oder leerstehende Büro-/ Wohngebäude umgenutzt werden  
511 können.

512

### 513 **5.3 Technologie- und Wissenschafts-Transfer**

514 In den gängigen Konzepten zur Regionalentwicklung wird häufig ein großer Wert auf die  
515 Digitalisierung der abgehängten Regionen gelegt. Man geht davon aus, dass bei einer  
516 flächendeckenden Versorgung mit Glasfasernetzen auf dem Land neue Möglichkeiten der  
517 Produktion, Dienstleistung und Beschäftigung entstehen. Die abgehängten Regionen sollen also  
518 durch Start-ups und durch Digitalwirtschaft gerettet werden. In den Medien erscheinen immer  
519 wieder Berichte über vielversprechende Start-ups auf dem Land. Diese Beispiele zeigen, was  
520 vielleicht möglich wäre - aber nicht, was sich hauptsächlich entwickelt. Nämlich eine  
521 Zentralisierung der Digitalwirtschaft, Stärkung der wirtschaftsgeographischen „Euro-Banane“,  
522 einem Reichtumsgürtel von Hamburg über Südholland, Rheinland, Rhein-Main, Oberrhein,  
523 München bis Wien.

524 Aber natürlich würde die Digitalisierung einer solchen korrigierenden Regionalpolitik  
525 Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise kann sie es erleichtern, Arbeitsplätze zu dezentralisieren  
526 und zu verlegen. Eine aktive Regionalförderung könnte also allein schon durch die Schaffung  
527 von Heimarbeitsplätzen oder dezentralen Standorten der weiteren räumlichen  
528 Zusammenballung von Arbeit und Arbeitsplätzen zumindest ein wenig entgegenwirken.

529 Auch regionale Produktionskreisläufe ließen sich durch die Digitalisierung fördern, weil sie  
530 Plattformen für räumlich stärker verteilte Produktions- und Dienstleistungsstandorte liefern  
531 könnten. Bereits heute gibt es Datenbanken und Ausschreibungsplattformen, die regionale  
532 Produzenten und Zulieferer miteinander vernetzen.

533 Digitalisierung kann und soll für eine nachhaltige Energiepolitik eingesetzt werden.

534 Eine aktive Regionalpolitik muss aber noch weitergehen und flankierend zu neuen dezentralen  
535 Tätigkeiten auch Forschungseinrichtungen und Universitäten teilweise dezentralisieren und  
536 Wissenschaftszentren in abgehängten Regionen aufbauen und fördern - also die Entstehung  
537 alternativer regionaler Cluster systematisch initiieren und fördern.

538 6 Jedem Bürger muss in jeder Stadt und in jeder Region eine ausreichende Daseinsvorsorge  
539 garantiert und zur Verfügung gestellt bekommen.

540 In der deutschen Regionalpolitik wird derzeit mit Ortskonzepten (Zentrale-Orte-Konzept)  
541 operiert, an denen Grundausstattungen der Daseinsvorsorge festgemacht werden. Allerdings  
542 natürlich, wie immer in der deutschen Politik: Unverbindlich und ohne Rechtsanspruch für die  
543 Bürger\*innen.

544 In dieser staatlichen Raumplanung wird zwischen Ober-, Mittel- und Unterzentren  
545 unterschieden. Dabei sollen Mittelzentren ein Einzugsgebiet von 30.000 bis 35.000 Menschen  
546 haben und in 45 Minuten erreichbar sein, Unterzentren einen Einzugsbereich zwischen 7.000  
547 und 10.000 Menschen. Ein Unterzentrum dient der Grundversorgung der Einwohner aus dem  
548 Umland. Es sollte eine Vielfalt an zentralen Einrichtungen aufweisen.

549 Das muss aber durchgesetzt werden. Eine Konzentration auf die Stärkung von Unterzentren und  
550 ein Unterzentren-/Mittelzentren-Konzept wäre ein Fortschritt. Allerdings fehlt es weitgehend an  
551 Instrumenten (und am Willen) zur Durchsetzung. Darüber hinaus geht es aber nicht nur um den  
552 Gegensatz Metropole/Land. Auch in ärmeren städtischen Regionen gibt es große  
553 Versorgungslücken, die gefüllt werden müssen.

554 Ausdünnen der Daseinsvorsorge und die Beschränkungen der staatlichen Ausgaben hatten aber  
555 die Divergenz im Eurogebiet beschleunigt. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und  
556 Förderung eines sozialen/ kulturellen Umfelds muss das Spardiktat beseitigt werden.  
557 Aufsetzend darauf werden dann verpflichtende Standards entwickelt: Öffentliche Leistungen  
558 wie der Zugang zu Bildung und Schulen, die Versorgung mit Krankenhäusern und  
559 Pflegeeinrichtungen sowie der öffentliche Nahverkehr müssen verbindlich und rechtlich  
560 zwingend zur Verfügung gestellt werden. Zuständig dafür sind die staatlichen und kommunalen  
561 Körperschaften.

562 Solche Standards gibt es in Ansätzen bereits. In Deutschland beispielsweise formulieren die  
563 Kassenärztlichen Vereinigungen Ärzteschlüssel pro zehntausend Einwohner, Sportverbände  
564 definieren Regeln zur Erreichbarkeit und Ausstattung von Sportstätten und dergleichen mehr.  
565 Auch die kommunalen Aufsichtsbehörden legen Mindeststandards fest Das alles steht bisher  
566 allerdings unverbindlich und unverbunden nebeneinander. Diese Regeln und Richtwerte sollten  
567 also überprüft. angepasst und vor allem verbindlich gemacht werden.

568

## 569 **7. Statt Wettbewerb: Zusammenarbeit von Kommunen, Planungsverbänden, Ländern**

570 Nun hat Politik aber auch immer ihre ideologische und vor allem ihre interessengeleitete Seite.  
571 Wirtschaft und Konzerne haben kein Interesse an ausgleichender Regionalpolitik. Sie sind an der  
572 Stärkung eines Metropolenmodells mit ausgelagerten Werkbänken und entsprechendem  
573 Standortdumping interessiert.

574 Für eine alternative Kommunal- und Regionalpolitik ist aber generell und explizit die Aufgabe  
575 des "Wettbewerbs"-Konzepts notwendig. Es ist richtig, dass die kommunale Selbstverwaltung  
576 eine wesentliche Säule der Demokratie ist. Kommunalparlamente, Stadträte mit Rechten und  
577 Kompetenzen ermöglichen Bürgerbeteiligung. Allerdings ist schnell Schluss mit der  
578 Bürgerbeteiligung, wenn der "Wettbewerb" unter den Kommunen tobt. Wenn neue  
579 Gewerbegebiete und Investitionen notwendig sind, um die Steuereinnahmen zu erhöhen,  
580 diktiert sofort wieder "die Wirtschaft" das Geschehen und die Konditionen und keineswegs die  
581 "Bürger\*innen".

582 Für eine alternative Regionalpolitik muss die kommunale Dumping-Konkurrenz durch die  
583 Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ersetzt werden, um in größeren Planungsverbänden  
584 definierte Standards zu gewährleisten und gemeinsame Entwicklungsziele umzusetzen.

585

### 586 **7.1 Wir wollen mehr Demokratie auch in der Industrie fördern (aus** 587 **Bundestagswahlprogramm)**

588 Gelder für Forschung und Entwicklung, für die Stärkung einer regionalen Industriestruktur  
589 sollen durch regionale Wirtschafts- und Transformationsräte kontrolliert werden, in denen  
590 neben der Landesregierung und Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und  
591 Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

592 Demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen können in Zukunft im  
593 Mittelpunkt einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise stehen. Genossenschaften und  
594 Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Kompetenzen der Beschäftigten auf und  
595 geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

596 • Staatliche Fördergelder müssen vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale  
597 Strukturpolitik in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und für Genossenschaften verwendet  
598 werden. Genossenschaften müssen in allen Bereichen der staatlichen Wirtschaftsförderung  
599 gleichberechtigt berücksichtigt werden.

600 • Wir fördern Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, durch  
601 Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Im Forschungsförderungsgesetz wollen wir  
602 einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie  
603 verankern. Zudem wollen wir eine sozialökologische Wirtschaftskammer einrichten, die  
604 regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer  
605 Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

606 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie  
607 weiterführen wollen: Staatliche Subventionen an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen  
608 Krisen müssen, wo die Belegschaften dieses befürworten, in Form von kollektiven  
609 Belegschaftsanteilen vergeben werden. Bei dem Verkauf von Unternehmen müssen die  
610 Belegschaften ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten.

611

### 612 **7.2 EU-Wettbewerbsrecht**

613 Die Grundlagenverträge der EU, der Vertrag über die Europäische Union und der Vertrag über  
614 die Arbeitsweise der Europäischen Union sind von einem engmaschigen Netz an  
615 Rechtsvorschriften und Regelwerken umgeben, die den Interessen großer Wirtschaftskonzerne  
616 und Banken dienen und tief ins Räderwerk der Ökonomie auf nationalstaatlicher Ebene  
617 eingreifen. So schränken die insbesondere von den führenden Nationalstaaten mitgestalteten  
618 Wettbewerbsrechtlichen Instrumente der EU zu denen gerade auch das Beihilferecht gehört  
619 inzwischen in immer unerträglicherem Ausmaß die gesellschafts- und wirtschaftspolitische  
620 Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein.

621 Einschränkungen staatlicher Handlungsfähigkeit nicht hinnehmbar

622 Die Einschränkungen lassen sich exemplarisch zeigen an den EU-Struktur- und Investitionsfonds  
623 und den mit ihnen verbundenen restriktiven Regelungen für Kofinanzierungen, Beihilfen und  
624 Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber. Sie be- und verhindern, dass sich insbesondere auf  
625 lokaler und regionaler Ebene Klein- und Kleinstunternehmen und mittelständische  
626 Unternehmen breit entfalten können und mithin der Aufbau stabiler, langfristig sich selbst  
627 tragender Wirtschafts- und Wertschöpfungskreisläufe mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen  
628 gelingt. Damit wird dem dringend notwendigen und längst überfälligen sozial-ökologischen  
629 Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft schwerer Schaden zugefügt

630 Deshalb sind Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über derzeit geltende  
631 Subventionswerte in der De-Minimis-Verordnung hinaus so anzuheben und auszugestalten,  
632 dass eine für Arbeit und Umwelt wirksame Mittelstandspolitik in strukturschwachen Regionen  
633 in Gang gesetzt werden kann. Im Agrarsektor sind Beihilfen auf umweltgerechten und  
634 ressourcenschonenden Landbau (sowohl integriert als auch ökologisch) zu beschränken und  
635 kräftig über die derzeit genehmigungspflichtigen Subventionen hinaus anzuheben.

636 Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen von Aufträgen sind zu streichen. Die  
637 öffentlichen Auftraggeber sollen selbst entscheiden, ob sie ihre Aufträge für Bauen, Wohnen,  
638 Arbeit und Umwelt europaweit oder national und mithin zumeist lokal oder regional  
639 ausschreiben.

640 Grundlegende Verbesserungen für eine lokale und regionale Struktur- und Investitionspolitik  
641 werden sich jedoch letztlich nur erreichen lassen, wenn das restriktive Regelwerk und mit ihm  
642 das EU-Wettbewerbsrecht vollständig fällt. Erreichen lässt sich das aber nur, wenn das gesamte  
643 EU-Vertragssystem abgeschafft wird und es zu einem Neustart der EU kommt, der die Türen  
644 öffnet für eine demokratische und sozial-ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

645

646 *Beschlossen 1.10.21 LAG Ökologische Plattform Baden-Württemberg*

647 Basis dieses Antrags: Alternative Regionalpolitik (Aus isw 120 Roland Charles Pauli BOOMSTÄDTE und  
648 Schrumpfreionen - Das Auseinanderdriften der Regionen und das Versagen der Regionalpolitik in der  
649 Eurozone) und Antrag Z11 Landesparteitag der LINKEN von Matthias Böhringer.